

Haberler, Gottfried

Article — Digitized Version

Betrachtungen über die Zukunft des Bretton Woods-Systems

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Haberler, Gottfried (1953) : Betrachtungen über die Zukunft des Bretton Woods-Systems, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 2, pp. 83-91

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131667>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

PROBLEMATIK DER KONVERTIBILITÄT

Der Wunsch nach einer größtmöglichen Intensivierung des internationalen Warenaustausches und nach einer Erhöhung des Wohlstandes durch rationelle weltweite Arbeitsteilung läßt die Frage einer freien Konvertibilität der Währungen mit besonderem Nachdruck auftreten. Zur Sicherung der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität sind in den vergangenen Jahrzehnten in den einzelnen Ländern recht unterschiedliche Systeme autonomer Wirtschaftspolitik entwickelt worden. Trotz der Erkenntnis von der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit einer freien Konvertibilität muß der Zweifel auftauchen, ob im Interesse der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit der einzelnen Volkswirtschaften das System der vielfältigen Handels- und Devisenbeschränkungen von heute auf morgen aufgegeben werden kann. Der Streit um die Konvertibilität ist kein monetäres, sondern ein wirtschaftspolitisches Problem. Wird man sich deshalb nicht mit einer schrittweisen Annäherung an das angestrebte Ziel begnügen müssen? Ist der Ausgleich der Zahlungsbilanzen besonders gegenüber dem Dollarraum eine Voraussetzung für die Wiedereinführung der Konvertibilität oder eine Frucht, die uns danach in den Schoß fällt? Bisher hat das System von Bretton Woods versagt. Regionale Wirtschaftsunionen schaffen neue Diskriminierungen, ohne den weltweiten Ausgleich erreichen zu können. Voraussetzung freier Konvertibilität ist zweifellos das Einpendeln in realistische Wechselkurse. Versuche um ihre Ermittlung sind verdienstvoll, weil sie die Auswirkungen abschätzen lassen. Aber der theoretische Streit um geeignete Basen für solche Berechnungen läßt die Ergebnisse solcher Versuche problematisch erscheinen.

Betrachtungen über die Zukunft des Bretton Woods-Systems

Prof. Dr. Gottfried Haberler, Cambridge (USA.)

Wenn ich von der Zukunft des Bretton Woods-Systems spreche, denke ich nicht an die Institution des Internationalen Währungsfonds. Ich habe äußerstes Vertrauen zu dem Beharrungsvermögen einer bürokratischen Organisation — ob national oder international, ganz besonders aber international —, selbst einer solchen, die sich nicht eines so hohen Niveaus technischer Leistungsfähigkeit oder Kompetenz rühmen kann wie diese. Mit dem Bretton Woods-System meine ich das Prinzip der Multilateralität, einen nicht diskriminierenden Handel und die Konvertibilität der Währungen, die in den Vereinbarungen über den Internationalen Währungsfonds Symbol und Ausdruck finden.

Der gegenwärtige Augenblick ist meiner Ansicht nach ein sehr geeigneter Zeitpunkt, um sich über die Erfolge oder Mißerfolge der Bretton Woods-Politik Rechenschaft zu geben und im Lichte einer Analyse der vergangenen Erfahrungen die Aussichten und Methoden zu betrachten, die bestehen, um in Zukunft die Ziele von Bretton Woods zu erreichen. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist für eine Betrachtung dieser Probleme besonders geeignet, weil wir wahrscheinlich vor bedeutenden Ereignissen auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen stehen. Das Jahr 1953 dürfte ein „handelspolitisches Kometenjahr“ werden, d. h. ein Jahr der Entscheidungen auf dem Gebiet internationaler Wirtschaftsbeziehungen.

Die Übersetzung des englischen Originalmanuskripts wurde von der Redaktion besorgt.

In den USA. wird eine neue Verwaltung eingesetzt. Der Reciprocal Trade Agreement Act wird ablaufen, was eine Überprüfung der Handelspolitik erfordern wird. Es sind erhebliche Unzufriedenheit und Zweifel an der Klugheit und Durchführbarkeit der Versuche von Bretton Woods entstanden, in den USA. sowohl als auch im Ausland. Wir sind in eine Art Sackgasse geraten, und wenn die Entwicklung im bisherigen Rahmen weiter verläuft, werden wir in diesem Jahre einer neuen Zahlungsbilanzkrise gegenüberstehen, selbst wenn der in manchen Kreisen erwartete wirtschaftliche Rückgang in den USA. nicht eintreten sollte. Gerade Jahre sind gute Jahre gewesen, ungerade Jahre haben Krisen der Zahlungsbilanz gebracht: 1947, 1949, 1951 — und 1953 wird vielleicht keine Ausnahme bilden.

DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION

Ich glaube nicht, daß es jemanden gibt, der das Programm von Bretton Woods als einen außerordentlichen Erfolg darstellen würde. Im Gegenteil würden viele Sachverständige darin übereinstimmen, daß es sich bisher als ein großer Mißerfolg erwiesen hat. Die quantitativen Handelsbeschränkungen sind kaum reduziert worden, die Konvertibilität ist nicht wiederhergestellt worden, die Devisenkontrollen sind nicht aufgehoben worden, alle zwei Jahre hat es eine Zahlungsbilanzkrise gegeben, und wo bescheidene Erfolge in der Befreiung des Handels und in der teilweisen Konvertibilität oder Transferierbarkeit der

Währungen erzielt wurden, ist es auf einer regionalen, d. h. auf einer diskriminierenden Basis geschehen wie innerhalb der Europäischen Zahlungsunion und im Sterlingblock.

Ich bin der Ansicht, daß die Situation nicht so düster ist, wie diese Aufzählung der Mißerfolge vermuten läßt, und daß die Möglichkeit der Erreichung einer Konvertibilität besteht, wenn sie ernstlich angestrebt wird. Man kann aber die Tatsache nicht leugnen, daß das Fortdauern der Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten es immer mehr erschwert, den Lauf der Politik zu ändern und irgend etwas Wirksames zu unternehmen. Der Hauptgrund ist der, daß das Anhalten des Dollarmangels, die Wiederkehr akuter Krisen und die vielen Enttäuschungen die Ansichten jener zu bestätigen scheinen, die an einen unheilbaren Dollarmangel glauben, und die anderen in ihrem Glauben schwach und unsicher werden lassen. Es ließen sich leicht prominente Namen anführen, aber es ist besser, sie mit Schweigen zu übergehen.

Es scheint ein Gesetz der menschlichen Natur zu sein — das nicht nur für das Gebiet der Wirtschaft gilt, sondern auch für die Politik und andere Gebiete —, daß Situationen, die lange genug dauern, eine normative Kraft gewinnen und daß man dazu neigt, sie als unabänderliche Ergebnisse eines tiefgreifenden Mißverhältnisses zu akzeptieren, anstatt sie einfach als die Folgen einer Reihe unglücklicher Ereignisse und einer falsch geführten Politik zu erkennen. Wenn eine Depression einige Jahre anhält, wird sie als eine säkulare Stagnation angesehen, und die Wirtschaftstheorie paßt sich der „neuen“ Situation an, indem sie Depressionstheorie wird. Jede Prosperität, die nicht rasch wieder schwindet, wird in den Augen vieler zu einer „neuen Ära“. Wenn ein politisches Regime, wie verabscheuungswürdig es auch sein mag, fünf Jahre an der Macht bleibt, wird es als „Zukunftsbewegung“ begrüßt. Wenn die Demokraten in den USA. oder die Labour-Partei in Großbritannien zwei oder drei Wahlgänge hintereinander gewinnen, glauben viele „Experten“ beider politischen Richtungen, daß die herrschende Partei den „Stein der Weisen in der Politik“ entdeckt und eine Methode gefunden habe, um auf unbestimmte Zeit an der Macht bleiben zu können, indem sie die Wählerschaft durch Verschwendung, Bestechung und Inflation kauft.

Und wenn die USA. eine Reihe von Jahren eine aktive Zahlungsbilanz haben, gewinnen mehr und mehr Leute die Überzeugung, daß es sich hierbei um eine unheilbare Krankheit handle, um eine Art Midas-Komplex oder mit anderen Worten um einen chronischen Dollarmangel. Es wird Leute geben, die sagen, daß dies die Folge der amerikanischen Ungeduld oder des Mangels an historischer Perspektive ist. Die Erfahrung zeigt jedoch, daß man diese Art von historischer Kurzsichtigkeit, diese Neigung zur Extrapolation in allen Teilen der Welt findet, in alten wie in jungen Ländern, in entwickelten wie in unterentwickelten Gebieten.

Mir scheint all dieser Pessimismus und Defaitismus völlig ungerechtfertigt, oberflächlich und bar jeden historischen Sinns und jeder historischen Sicht. Eine objektive Prüfung der Nachkriegsentwicklung zeigt meiner Ansicht nach, daß die Situation sich trotz der wiederkehrenden Dollarkrisen und des anhaltenden Überschusses der USA. erheblich verbessert hat und wenigstens die wirtschaftlichen Bedingungen — zum Unterschied von den politischen und psychologischen Voraussetzungen — für eine Wiederherstellung der Konvertibilität heute günstiger sind, als sie es jemals seit Kriegsende gewesen sind. Die Gesamtproduktion sowie Volumen und Wert des Handels sind überall rasch und fast ununterbrochen gestiegen. Die Exporte vieler Schlüsseländer, wie z. B. Großbritanniens, Deutschlands und der Niederlande, haben sich mengen- und wertmäßig vielversprechend erhöht. Andererseits sind auch die Importe der USA. ziemlich stetig gestiegen, nicht nur dem Werte, sondern auch dem Volumen nach (mit einem leichten Rückgang im Jahre 1949), und die wiederholten Erhöhungen des Exportüberschusses der USA. sind mehr auf Exportsteigerungen als auf Einfuhrsenkungen zurückzuführen. Dies scheint mir eine sehr bedeutungsvolle Tatsache, die stark darauf hindeutet, daß das periodische Wiederauftreten der Dollarknappheit mehr auf periodische Wandlungen in der Nachfrage des Auslands zurückzuführen sein dürfte, die durch eine verzögerte Anpassung an ungünstige Veränderungen, Krediterleichterung, Importkontrollen usw. verursacht werden, als auf Schwankungen in der Nachfrage der USA.

Um wie vieles besser die Situation heute ist als vor wenigen Jahren, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die britische Krise im Jahre 1951 fast gänzlich ohne USA.-Hilfe durchgestanden wurde, während die Krisen von 1947 und 1949 in eine Zeit fielen, in der Großbritannien erhebliche Hilfeleistungen erhielt. Ein anderer günstiger Faktor von größter Bedeutung ist die „Wiederentdeckung“ des Geldes und der Geldpolitik in vielen Ländern sowie die rasche und offensichtlich günstige Anwendung des klassischen Heilmittels der Deflation oder Disinflation in den Niederlanden, Deutschland, Dänemark und anderen Ländern. Dagegen läßt sich eine Verschlechterung in der Situation der Zahlungsbilanz in den meisten Fällen sehr leicht auf inflationistische Exzesse zurückführen.¹⁾ Die Schlußfolgerung aus all diesem ist, daß die Be-

¹⁾ In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß ich durch die Tatsache beeindruckt bin, daß die altmodische Kaufkraftparität recht gut arbeitet, während wir Volkswirtschaftler über „Elastizität, Absorption“ usw. spekulieren. Das rohe Instrument der internationalen Preisvergleiche scheint oft viel bessere Dienste zu leisten. Siehe die eindrucksvollen Tabellen in dem Bericht einer Gruppe von unabhängigen Experten: Bresciani-Turroni, Lindahl, Marget, Masoin, Rueff, Schneider „The Financial Situation in Member and Associated Countries“, veröffentlicht von der OEEC., Paris, 1952, S. 54-55. Diese Tabellen zeigen, daß in den Ländern, deren Zahlungsbilanz-Situation sich 1951 verschlechtert hat, die Preise und Löhne fast ausnahmslos seit 1950 gegenüber den USA. stark gestiegen sind, während ein so betonter Anstieg in den Ländern, deren Zahlungsbilanz sich verbessert hat oder stabil geblieben ist, nicht eingetreten ist.

dingungen für weitere Fortschritte in Richtung einer Konvertibilität und eines multilateralen Handels viel günstiger geworden sind, als sie seit langem gewesen sind.

Man wird, wenn man auch dies alles zugibt, vielleicht einwenden, daß die Tatsache eines noch vorhandenen großen Dollardefizits selbst in den guten geraden Jahren bestehen bleibt und daß selbst die Länder, deren Zahlungsbilanz sich insgesamt sehr verbessert hat (Großbritannien 1950, die Niederlande und Deutschland in den letzten Jahren), eine Beseitigung ihres Dollardefizits nicht annähernd erreichen konnten. Ferner wird man sagen, daß es mit der Theorie eines allgemeinen, hartnäckigen Dollarmangels durchaus vereinbar ist, daß einzelne Länder ihre Zahlungsbilanz durch die klassische Methode der Deflation verbessern können. Wenn einige Mitglieder der Nicht-Dollargebiete eine inflationistische Politik verfolgen, ist es für andere verhältnismäßig einfach, durch Krediteinschränkung ihre eigene Situation auf Kosten der ersteren zu verbessern. Daraus folgt aber nicht, wird man argumentieren, daß diese Länder, wenn sie sich alle einschränken, wenn sie alle eine Politik der Disinflation verfolgen, mit gleicher Leichtigkeit ihre Kollektivposition gegenüber den USA. verbessern könnten.

Ich will nicht bestreiten, daß dieses Argument einiges Gewicht hat. Es ist sicherlich leichter, auf einem nahegelegenen inflationistischen Markt etwas zu verkaufen als auf dem wettbewerbsfähigen USA.-Markt, und es ist sehr leicht, nicht abgegoldene Exporte zu steigern, wenn man nur blockierte Guthaben freizugeben braucht. (Es scheint mir ein einleuchtender Gedanke zu sein, daß diese Art von Exporten ohne Schwierigkeiten auch auf Dollarländer, z. B. in Südamerika, wenn nicht sogar in Nordamerika, ausgedehnt werden könnten. Diese Länder würden sich glücklich preisen, Hilfgelder aus Europa zu empfangen und sie in Europa auszugeben, wenn sie ihnen nur zur Verfügung ständen!)

Dagegen steht jedoch die Tatsache, daß der leichte Zugang zu nahegelegenen inflationistischen Märkten (insbesondere, wenn sie im Gebiet der Europäischen Zahlungsunion liegen und damit wenigstens ein Teil der Zahlung in Gold erfolgt und wenn Kontingente oder andere Maßnahmen gegenüber USA.-Einfuhren denen ansehnliche Gewinne sichern, die von diesen Beschränkungen ausgenommen sind) und nicht abgegoldene Exporte nach dem Sterlinggebiet geringere Warenmengen für Exporte nach dem Dollarmarkt übrig lassen. Diese Möglichkeiten belasten, wie der inflationistische Druck im Inland, das verfügbare Angebot und vermindern den Anreiz für den Export nach dem Dollargebiet. Ich schließe daraus, daß bisher noch kein ernsthafter Versuch zum Eindringen in die Dollarmärkte gemacht worden ist. So lange wichtige Mitglieder des Nicht-Dollargebietes unter einem starken inflationistischen Druck stehen, wird nicht nur ihre Dollarbilanz, sondern auch die Dollarbilanz der-

jenigen, die insgesamt ein Gleichgewicht ihrer Zahlungsbilanz erreicht oder fast erreicht haben, naturgemäß gestört bleiben, wenigstens solange Mittel zur Finanzierung des Welt-Dollarmangels zur Verfügung stehen. Ich bin überzeugt, daß die Dollarbilanz sehr rasch eine Verbesserung zeigen würde, wenn die inflationistischen Erscheinungen im Nicht-Dollargebiet verschwänden oder wenigstens ihr Druck auf die Reserven der übrigen Länder nachließe.

WEGE ZUR KONVERTIBILITÄT

Wenn man nun annimmt, daß dies alles richtig ist und daß die gegenwärtigen Bedingungen zur Durchsetzung der Konvertibilität wirklich günstig sind oder wenigstens günstiger als jemals seit Kriegsende, fragt es sich, was man tun muß, um dieses Ziel zu erreichen.

Was das Grundrezept anbelangt — ohne Berücksichtigung aller strategischen und psychologischen Erwägungen und ungeachtet der vorhandenen Vorurteile und einer verwaltungsmäßigen und politischen Durchführbarkeit —, so kann ich nichts grundlegend Neues bieten, und ich bin überzeugt, daß es keine magische Formel, keine weisen Erfindungen gibt, die uns leicht und ohne Mühe zu einer Konvertibilität führen. Die Grundverordnung ist folgende: die Wechselkurse müssen ihr eigenes Gleichgewichtsniveau finden, Inflation muß vermieden werden, und eine disinflationistische Politik muß eingeschlagen werden. Ich bin überzeugt, daß die Zahlungsbilanzen rasch selbst ihr Gleichgewicht finden würden, und zwar ohne erhebliche Verschlechterung der terms of trade, wenn die Wechselkurse freigesetzt würden und die Länder „eine Politik des inneren Gleichgewichts“ verfolgen würden, d. h. das interne Geld-Lohn-Niveau annähernd stabil halten.

Ich bin mir darüber klar, daß solch radikale Lösung keine Aussicht auf Annahme hat. Ich weiß nicht einmal genau, ob ich selbst eine so radikale Lösung empfehlen würde. Eine allmähliche Annäherung mag vorzuziehen sein, und selbst unter der Voraussetzung einer klugen Wirtschafts- und Finanzpolitik könnte eine Kapitalkonvertibilität nicht empfohlen werden, wenigstens nicht für Länder, die politischen Wirren unterworfen sind. Es scheint mir jedoch, daß die Gefahr einer massiven Kapitalflucht aus exogenen politischen Gründen (d. h. anderen Gründen als der Furcht vor Inflation, Abwertung und wirtschaftlicher Verwirrung) stark übertrieben wird.

Ich will mich aber auf diese Grundfragen, die schon so oft diskutiert worden sind, nicht einlassen. Ich möchte nur meine Stellung in dieser Sache klarlegen und einige spezielle Probleme behandeln.

Wenn keine umfassende Arbeitslosigkeit herrscht, bedingt jede Verbesserung in der Zahlungsbilanz, wie sie auch immer herbeigeführt werden mag, eine Senkung der „effektiven Ausgaben“ für Verbrauch und Investition, denn wenn die Exporte steigen und/oder die Einfuhren zurückgehen, steht für den heimischen

Verbrauch weniger zur Verfügung.²⁾ Diese unvermeidliche Senkung der effektiven Ausgaben nenne ich die primäre Belastung eines Ausgleichens der Zahlungsbilanz. Diese primäre Belastung kann entweder durch eine „sekundäre Belastung“ verstärkt oder durch einen „sekundären Nutzen“ gemildert werden. Wir haben eine sekundäre Belastung, wenn sich als Folge der zur Beseitigung des Defizits angewandten Methode, z. B. als Resultat einer Abwertung, die terms of trade verschlechtern. Wenn die terms of trade sich verbessern, haben wir einen sekundären Nutzen. Wie sich die terms of trade entwickeln, hängt von der viel debattierten Elastizität von Angebot und Nachfrage bei Ex- und Importen ab.³⁾

Der heute herrschende „Elastizitäts-Pessimismus“ hinsichtlich der Aussichten einer Überwindung des Dollardefizits durch orthodoxe Methoden ist eine Parallele zu dem „Transfer-Pessimismus“ in der deutschen Reparationsdebatte von damals. Keynes war der einflußreichste Pessimist in den 20er Jahren, während er sich in seinem posthumen Aufsatz über die Aussichten der Zahlungsbilanz der USA. als Optimist zeigt. Es besteht jedoch ein bedeutender Unterschied zwischen dem Pessimismus von damals und von heute, ein Unterschied, der, soviel ich feststellen kann, nirgends herausgestellt worden ist: Damals wurde es von den Pessimisten bezweifelt, daß Deutschland die Reparationen transferieren könnte. Wenn man heute unterstellt, daß es möglich wäre, Reparationen von Deutschland zu erheben (was natürlich politisch unmöglich ist), würde dann wohl irgend jemand daran zweifeln, daß sie transferiert werden könnten? Die Antwort dürfte ein betontes „Nein“ sein. (Siehe das britische und französische Defizit bei der EZU. und den deutschen Überschuß.) Der gegenwärtige Pessimismus ist in gewissem Sinne das Gegenteil des Pessimismus der 20er Jahre: wenn es damals bezweifelt wurde, daß Großbritannien, Frankreich usw. den Transfer unilateraler Zahlungen aufnehmen könnten, so wird heute bezweifelt, daß sie ohne unilaterale Zahlungen (USA-Hilfe) auskommen können. Es wäre verlockend und aufschlußreich, diesen Gedankengang zu verfolgen, ich muß jedoch zu meinem Hauptargument zurückkehren.

²⁾ Was S. Alexander „Absorption“ nennt („Effects of a Devaluation on a Trade Balance“ in „Staff Papers“, Internationaler Währungsfonds, Vol. II, Nr. 2, April), ist nur ein anderes Wort für „effektive Ausgaben“. Es ist jedoch irreführend, die „Absorptionstheorie“ der „Elastizitätstheorie“ gegenüberzustellen. „Absorption“ und die „Neigung zu importieren oder zu absorbieren“ sind ebenso wie die Preiselastizität für das Endergebnis wichtig. Mit anderen Worten: nicht nur die Auswirkungen der Preise, sondern auch die des Einkommens und der Ausgaben sind relevant. Wie sie einander beeinflussen, ist von Meade in seinem Buch „The Balance of Payments“ klargestellt worden.

³⁾ Es kann sich eine sekundäre Belastung anderer Art ergeben, nämlich Arbeitslosigkeit entweder in dem Überschuß- oder in dem Defizitland. Wenn ein Defizitland mit starren Löhnen Deflation betreibt, wird Arbeitslosigkeit entstehen. Ein gewisses Ausmaß von Deflation — Disinflation genannt — ist im allgemeinen möglich, ohne eine Arbeitslosigkeit zur Folge zu haben, weil sie die Preise und Gewinne, noch nicht aber die Löhne beschneidet. Diese Möglichkeit ist durch die Tatsache bedingt, daß die Preise im inflationistischen Prozeß gewöhnlich vorausseilen, was zu übermäßigen Gewinnen führt. Andererseits können gekürzte Exporte und gesteigerte Importe Arbeitslosigkeit in dem Überschußland hervorrufen. Diese Art der „sekundären Belastung“ läßt sich sicherlich durch eine geschickte Geld- und Steuerpolitik vermeiden.

Es herrscht heute weniger „Elastizitäts-Pessimismus“ als vor ein paar Jahren (wenn er auch keineswegs gänzlich verschwunden ist, wie z. B. die kürzlich veröffentlichten Schriften von Thomas Balogh, J. H. Williams — es sei auf seine schöne Stamp Memorial Lecture hingewiesen — und Artikel im „Economist“ zeigen).

Viele Autoren haben eine optimistischere Haltung angenommen, zu der ich ebenfalls neige. Der Eindruck, daß Zahlungsbilanzen hinsichtlich Veränderungen der Wechselkurse unelastisch sind, resultiert meiner Ansicht nach aus der Tatsache, daß es für abwertende Länder oft schwer ist, einem inflationistischen Druck zu widerstehen, der durch die Abwertung naturgemäß verschärft wird. Mit anderen Worten: daß sie nicht in der Lage sind, eine Politik des „inneren Gleichgewichts“ zu verfolgen. Dies ist aber wiederum die Folge oder ein Symptom für die mangelnde Bereitschaft oder Unfähigkeit, die Belastung zu tragen, die die Beseitigung des Defizits in der Zahlungsbilanz mit sich bringt.

Die Größe der Gesamtbelastung und damit die Chance, daß sie die Politik des „inneren Gleichgewichts“ nicht stört, hängt erstens von der Höhe des Defizits im Vergleich zum Nationaleinkommen (primäre Belastung) und zweitens von dem Ausmaß, in dem die primäre Belastung durch die Verschlechterung der terms of trade (sekundäre Belastung) vergrößert wird, ab.

Dieser zweite Faktor ist meiner Ansicht nach stark übertrieben worden. Es ist keineswegs gewiß oder auch nur wahrscheinlich, daß eine sekundäre Belastung anstatt eines sekundären Nutzens auftreten wird. Selbst wenn hier der Standpunkt eingenommen wird, daß als fast universale Regel die internationalen Elastizitäten (wenigstens auf längere Sicht) groß genug sind, um die Möglichkeit eines labilen Gleichgewichtes auszuschließen (d. h. daß eine Abwertung im Rahmen einer Politik des „inneren Gleichgewichts“ nicht zu einer Reduzierung der Zahlungsbilanz führen wird), können sich die terms of trade ebenso gut verbessern wie verschlechtern.⁴⁾

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß es meiner Ansicht nach nicht zu bezweifeln ist, daß die primäre Belastung für alle Länder tragbar ist (mit einer oder zwei Ausnahmen) und daß meiner Ansicht nach keine Gefahr besteht, daß die primäre Belastung bis zur Untragbarkeit verschärft wird, wenn nicht-diskriminierende Maßnahmen zur Schließung der Dollarlücke angewendet werden.

⁴⁾ Vergl. zu diesem Punkt meinen Beitrag „Currency Depreciation and the Terms of Trade“ in „Wirtschaftliche Entwicklung und Soziale Ordnung“ (herausgeg. von Lagler und Messner, Wien, 1952) und die dort angeführte Literatur. — Es stimmt zwar, daß die britischen terms of trade sich nach der Abwertung im Jahre 1949 verschlechterten. Dies dürfte jedoch in erheblichem Maße auf die Wiederbelebung der Geschäftstätigkeit in den USA, zurückzuführen sein. Jedenfalls war die starke Verschlechterung im Jahre 1950 in erster Linie eine Folge des Nach-Koreabooms. Diese Feststellung wird durch die Tatsache unterstützt, daß sich die terms of trade der USA. in gleich starkem Maße verschlechterten wie die britischen und daß diejenigen Australiens, eines abwertenden Landes, sich verbesserten. Vergl. hierzu R. Hinshaw „Currency Appreciation as an Anti-inflationary Device“ („Quarterly Journal of Economics“, November 1951 und Februar 1952).

DIE STELLUNG DES INTERNATIONALEN WAHRUNGSFONDS
Dies ist mein Standpunkt in der Angelegenheit. Anstatt ihn jedoch zu verteidigen und herauszuarbeiten, möchte ich einige spezielle Punkte erörtern, einige Wandlungen in der Politik und in den Verfahren, die im Lichte der allgemeinen Theorie und der seit der Gründung des Fonds gewonnenen Erfahrungen für die Erreichung seiner Grundziele wesentlich zu sein scheinen. Einige dieser Verfahrensänderungen könnten im Rahmen der Bedingungen des Vertragswerkes durchgesetzt werden, andere dürften neue Verhandlungen über die Statuten des Fonds erforderlich machen. Diese letztere Frage ist selbstverständlich eine juristische und muß den Juristen überlassen bleiben.

Es scheint jetzt deutlich geworden zu sein, daß die in Bretton Woods versammelten Experten dem Problem der Inflation zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben. Wie so viele Experten auf wirtschaftlichem Gebiet und auf anderen Gebieten befaßten sie sich mit der Bekämpfung der letzten oder vorletzten Krise, befaßten sich mehr mit Deflation als mit Inflation, mehr mit wettbewerbsfähiger Abwertung als mit Überbewertung und dem Widerstreben gegen die Angleichung der Wechselkurse. Der Fonds wird sich intensiver mit der internen Wirtschafts- und Finanzpolitik der verschiedenen Länder zu befassen haben, als von den Autoren der Statuten des Fonds vorgesehen war.⁵⁾ Es ist natürlich leichter festzustellen, daß dies notwendig ist, als aufzuzeigen, auf welche Weise dies geschehen könnte. Ermahnungen reichen selbstverständlich nicht aus. Auch eine Suspendierung des Rechtes zu borgen ist nicht ausreichend, wenigstens solange die finanzielle Aktivität des Fonds nicht lebhafter ist als bisher.

Ein ebenso ernster Mangel des gegenwärtigen Systems ist die starre Haltung hinsichtlich der Wechselkurse, ein Mangel, der sich unglücklicherweise ohne eine Revision der Statuten sehr schwer beseitigen zu lassen scheint. Das Gesetz sollte es einem Land gestatten, ein System frei fluktuierender Wechselkurse anzunehmen, ohne es von einer Unterstützung durch den Fonds auszuschließen, und der Fonds sollte in der Lage sein, nicht nur eine für immer geltende Anpassung der Wechselkurse vorzunehmen, sondern auch, wenigstens für eine gewisse Zeit, die Einführung frei variierender Wechselkurse zu einer Bedingung der finanziellen Unterstützung zu machen. Die Politik der Annahme unrealistischer Paritätskurse sollte auf jeden Fall geändert werden. Es scheint mir, daß Systeme zur Einbehaltung von Devisen, differenzierte Wechselkurse gegenüber dem Dollar und ähnliche Maßnahmen einen gewissen Wert als Initialmittel, zur Anpassung der Wechselkurse haben. Zwar muß zugegeben werden, daß diese Praktiken ein Ubelstand sind. Wenn man sie aber allmählich verallgemeinert und sie wie einen Keil in die

⁵⁾ Der ursprüngliche Keynes-Plan war in dieser Beziehung noch schwächer als der Plan von Bretton Woods und wäre aus diesem Grunde unbrauchbar gewesen, wenn er in anderer Beziehung vielleicht auch überlegen war.

festgefügte Struktur der Wechselkurse treibt, diese somit auflockert und den Weg für eine allgemeine Anpassung der Währungswerte bereitet und ein Barometer für den wahren Wert der Währungen erhält, können sie eine nützliche Funktion ausüben. Etwas Nachsicht, etwas weniger Beharren auf „Ordnungsmäßigkeit“, etwas Antrieb zur Verallgemeinerung anstatt zur Beseitigung solcher Praktiken seitens des Fonds wären wünschenswert.

Auf diesen beiden Gebieten — in der Ausübung eines Einflusses auf die Mitglieder zur Kontrolle der Inflation und bei Vorschlägen über notwendige Veränderungen der Währungswerte — würde der Fonds eine stärkere Position erhalten, wenn er seine Hilfsmittel freier als Anreiz einsetzen könnte. Außerdem sollte die Mithilfe der Weltbank vorgesehen werden: Darlehen der Bank sollten von gewissen Mindestanforderungen hinsichtlich einer Kontrolle der Inflation und der Schaffung realistischer Wechselkurse abhängig gemacht werden.

Es mag sein, daß die durch Inflation gewährten Hilfsmittel, die dem Fonds zur Verfügung stehen, nicht ausreichen, um in dieser Richtung viel zu erreichen. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, sie zu erhöhen. Wenn jedoch eine solche Möglichkeit vorhanden ist, wird sie kaum ohne einen überzeugenden Plan verwirklicht werden können. Wenn man auf einige Fälle hinweisen könnte, in denen eine solche Politik erfolgreich gewesen ist, würden sich die Aussichten auf eine Stärkung der Hilfsmittel des Fonds sicherlich stark vergrößern.

BEHINDERUNGEN IM DREIECKSVRKEHR

Um zu zeigen, was durch eine Konzentrierung der Anstrengungen auf einen strategischen Punkt erreicht werden kann, möchte ich die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß ein inflationistischer Druck zusammen mit starren Wechselkursen nicht nur die Zahlungsbilanz des betreffenden Landes stört, sondern ebenfalls einen Dreiecks-Handelsverkehr verhindert und damit Schwierigkeiten für andere Länder verursacht. Es scheint natürlich, daß Europa sein gegenwärtiges Defizit mit den USA., wenigstens teilweise, durch Dreiecksverkehr beseitigen könnte, wenn es z. B. einen Überschuß mit Südamerika und anderen Rohstoffe exportierenden Ländern entwickelte, die ihrerseits einen Überschuß gegenüber den USA. aufweisen. Es kann keine Rede von einer unelastischen Nachfrage sein, und all die wirklichen und angeblichen Schwierigkeiten eines Eindringens auf dem USA.-Markt sind in diesem Fall nicht vorhanden. Europa müßte in der Lage sein, viele USA.-Exporte nach Südamerika zu verdrängen. Es ist lediglich eine Frage der Preise.⁶⁾ Es besteht keine Gefahr, daß die USA. auf

⁶⁾ Man könnte dagegen einwenden, daß es auch eine Sache der Marktbeziehungen, der Anzeigenwerbung, der Gewohnheiten ist, und manche mögen hinzufügen, einer mehr oder weniger irrationalen Bevorzugung amerikanischer Waren (insbesondere Konsumwaren). Ich möchte nicht bestreiten, daß diese Faktoren einige Bedeutung haben. Jedoch dürften die europäischen Beziehungen zu Südamerika und Südostasien wahrscheinlich ebenso gut sein wie die amerikanischer Firmen. Ich bin überzeugt, daß die Preise und die Qualität die Hauptfaktoren sind.

einem bilateralen Ausgleich ihres Handels bestehen. Was eine solche Anpassung durch einen Dreiecksverkehr verhindert, sind entweder zu hohe europäische Preise oder eine zu langsame Lieferung, was nur durch Inflation und überbewertete Währungen in Europa oder — und auf diesen Punkt möchte ich besonderen Nachdruck legen — durch Inflation und überbewertete Währungen in den südamerikanischen und anderen Rohstoffe exportierenden Ländern zu erklären ist. Wenn diese Länder infolge Inflation und starrer Wechselkurse⁷⁾ ein Defizit ihrer Zahlungsbilanz insgesamt aufweisen, so ist nicht zu erwarten, daß sie zu einem Dreieckshandel bereit sind. Sie werden darauf bestehen, alle Dollareinkünfte für Einfuhren aus den USA. zu verwenden, anstatt einen Teil für Käufe aus Europa aufzuwenden. Sie werden Europa zwingen, von ihnen so viel zu kaufen, wie sie von Europa kaufen. Mit anderen Worten: eine zurückgestaute Inflation und überbewertete Währungen führen unausweichlich zum Bilateralismus.

Es ist interessant, in diesem Zusammenhang den Unterschied zwischen den britischen Kolonien (Malaya, Westafrika usw.) auf der einen Seite und den unabhängigen Mitgliedern des Sterlingblocks auf der anderen Seite zu beobachten. Die ersteren unterliegen einer strengen Disziplin und haben Dollareinkünfte, während die letzteren (Australien ist ein auffälliges Beispiel dafür) eine inflationistische Politik (euphemistisch ausgedrückt: eine Politik der Über-Vollbeschäftigung und Industrialisierung) verfolgen und alle Dollareinnahmen für sich selbst verwenden. Offenbar würde eine solche Dreiecks-Anpassung im Interesse aller betreffenden Länder liegen. Es wäre für Europa leichter und billiger, sein Dollarkonto auszugleichen, Südamerika würde seine Importe zu günstigeren Bedingungen erhalten, und die USA. könnten ihre Hilfeleistungen für Europa kürzen und es dem amerikanischen Steuerzahler (durch Steuersenkungen) gestatten, für so viele Dollar mehr einzukaufen, wie die Exporte nach Südamerika gesunken sind. Selbstverständlich würden höhere Einfuhren der USA. aus Südamerika usw. wie ungebundene Dollar-Anleihen für diese Länder eine Anpassung sehr erleichtern und die Reichweite eines Dreiecksverkehrs erhöhen.

Wenn diese Möglichkeit unter Beweis gestellt werden könnte, indem man ein Land oder einige Länder Südamerikas veranlaßt, die Entwicklung eines solchen Dreieckshandels zu gestatten, würden andere Länder ermutigt werden, diesem Beispiel zu folgen.

REGIONALE ZAHLUNGS- UND WIRTSCHAFTSUNIONEN

Ich komme jetzt zu dem letzten Gegenstand, über den ich gern einige Bemerkungen machen möchte: das Problem des Regionalismus auf dem Gebiet der internationalen Zahlungen, der EZU. und des Sterlingblocks. Es gibt eine Reihe gewichtiger Einwendungen gegen regionale Zahlungsunionen.

⁷⁾ Eine offene Inflation mit frei fluktuierenden Wechselkursen würde einen Dreiecksverkehr nicht stören. Es sind die künstlichen Wechselkurse und die zurückgestaute Inflation, die Störungen verursachen.

1. Sie lösen das Problem des multilateralen Handels nicht, wenn der Dreiecksverkehr über das bestimmte Gebiet hinausgreift, wie es praktisch immer der Fall ist. Was ich eben über den Dreiecksverkehr Europa—Südamerika—USA. gesagt habe, illustriert diesen Punkt. Gesondert betrachtet ist der Sterlingblock in dieser Beziehung in einer besseren Position als die EZU., da der Sterlingblock die Dollareinnahmen erzielenden Kolonien mit umfaßt. Aus diesem Grund sind die Verbindungen zwischen der EZU. und dem Sterlingblock von großer Bedeutung, sie genügen jedoch nicht, da Südamerika und andere Gebiete außerhalb dieser Gruppe stehen.

2. Wenn es einigen Mitgliedern einer solchen regionalen Zahlungsunion an Disziplin mangelt und sie eine inflationistische Ausgabenpolitik treiben, zehren sie an der Stärke der gesamten Gruppe, und zwar einmal, indem sie direkt Dollars verlieren und den zentralen Dollarpool belasten, und zum anderen, indem sie durch Importe Hilfsmittel von den stärkeren und disziplinierteren Ländern an sich ziehen und somit die Kapazität der ganzen Gruppe, Dollars zu verdienen, schwächen. Dies gilt besonders für den Sterlingblock.

3. Die Funktion jeder solchen Union wird ständig durch das Entstehen großer Schuldner- und Gläubigerpositionen gefährdet. Solche Positionen können sowohl bei ausgeglichenen wie auch bei unausgeglichenen Zahlungsbilanzen entstehen: Selbst wenn die ganze Gruppe sich mit der übrigen Welt im Gleichgewicht befindet, wird es immer einige Mitglieder geben, die Defizite gegenüber der übrigen Welt aufweisen, die durch Überschüsse gegenüber den übrigen Mitgliederländern ausgeglichen werden, und andere, die gegenüber der übrigen Welt Überschüsse aufweisen, die durch Defizite gegenüber der Union ausgeglichen werden. Den ersteren sollte gestattet sein, Dollars aus dem Pool der Union zu ziehen, während die letzteren Dollars in den Pool zahlen sollten. Unausgeglichene Bilanzen entstehen aus zwei Ursachen: a) weil der inflationistische Druck oder der Grad der Überbewertung der verschiedenen Währungen bei den verschiedenen Mitgliedern der Gruppe nicht der gleiche ist und b) weil der Grad der Starrheit der Restriktionen für Einfuhren aus dem Dollargebiet unterschiedlich⁸⁾ ist und daher für die restriktiven Mitglieder ein ständiger Anreiz vorliegt, Dollargüter (verarbeitet oder unverarbeitet) über die liberalen Mitglieder der Gruppe zu beziehen.

Sowohl die Sterling-Union als auch die Europäische Zahlungsunion sind durch das Auftreten dieser beiden Arten unausgeglichener Bilanzen gestört worden, und ihre historische Entwicklung ist die Geschichte eines fortgesetzten Kampfes gegen gerade diese Schwierigkeiten. Das Problem liegt darin, die Disziplin aufrechtzuerhalten, d. h. eine gewisse Gleichför-

⁸⁾ Die beiden Faktoren stehen natürlich zueinander in Beziehung. Je größer der inflationistische Druck ist, desto strenger müssen die Restriktionen der Importe aus dem Dollargebiet sein.

migkeit sicherzustellen a) in der internen monetären und fiskalischen Verwaltung, um inflationistische Exzesse zu vermeiden, und b) in dem Grad der Handhabung der Einfuhrrestriktionen gegenüber außerhalb stehenden Ländern. Belgien mit seiner liberalen Einfuhrpolitik z. B. mußte Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhren aus dem Dollargebiet und der Exporte nach den EZU.-Ländern ergreifen. Entweder müssen die liberalen Mitglieder ihre Einfuhrpolitik derjenigen der protektionistischen Länder anpassen, indem sie weniger liberal sind, oder die protektionistischen Länder müssen ihre Politik angleichen, indem sie liberaler werden.

In der Praxis ist es sehr schwer, zwischen einwandfrei „ausgeglichenen“ und nicht einwandfrei „unausgeglichenen“ Bilanzen zu unterscheiden, weil das Gleichgewicht in der Handelsentwicklung nicht genau bekannt ist und weil zu erwarten ist, daß es häufigen Änderungen unterworfen ist. Diese Tatsache trägt außerordentlich zu den Schwierigkeiten in der Verwaltung der Zahlungsunionen bei.

4. Selbst wenn die Union diese Schwierigkeiten erfolgreich dadurch überwindet, daß sie eine ausreichende Disziplin bewahrt und mit genügender technischer Leistungsfähigkeit operiert, bleiben alle Einwände gegen eine diskriminierende Behandlung der Außenstehenden bestehen. Die Diskriminierung ist Zahlungsunionen naturgemäß ebenso immanent wie Zollunionen und vollständigen Wirtschaftsunionen. Wie Prof. Ellis⁹⁾ betont hat, müssen die wirtschaftlichen Auswirkungen von Zahlungsunionen nach den gleichen Kriterien beurteilt werden wie Zollunionen und Präferenz-Zolltarife. Ich kann im Rahmen dieses Aufsatzes jedoch nicht auf das Problem der Diskriminierung eingehen. Es mag genügen festzustellen, daß der Haupteinwand gegen jede Art von Diskriminierung der ist, daß sie einen Übergriff auf die optimalen Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung darstellt und daher eine Verringerung des Welteinkommens im Vergleich zu einem nicht-diskriminierenden freien Handel zur Folge hat. Um es deutlich zu machen: Wenn Südamerika in die EZU. eingegliedert wäre, um die Importe aus den USA. durch Importe aus Europa mittels diskriminierender Methoden zu ersetzen, so würde es seine Importe zu weniger vorteilhaften Bedingungen erhalten, als wenn die Umlenkung durch nicht-diskriminierende Methoden erfolgte, also Europa die USA. unterbietet (z. B. durch eine Währungsabwertung).

Dieses allgemeine, theoretische Argument gegen die Diskriminierung löst natürlich nicht das ganze Problem. Bevor ich einen möglichen Fall zugunsten solcher diskriminierenden regionalen Abmachungen umreißte, möchte ich zwei Argumente zurückweisen, die mir gänzlich unhaltbar zu sein scheinen.

Die Diskriminierung des Dollargebietes und anderer Länder mit harter Währung ist oft als ein Mittel, „den Reichen zu bestrafen“, verteidigt worden — frei und

⁹⁾ „The Economics of Freedom“, S. 501.

offen von Thomas Balogh, stillschweigend und verworren von vielen anderen. Selbst wenn man das ethische Urteil zugesteht, daß der Reiche bestraft werden sollte, scheint mir das Argument völlig unannehmbar, a) weil es arme Länder im Dollargebiet gibt (z. B. Mexiko im Vergleich zu Westeuropa, ganz abgesehen von den amerikanischen Südstaaten), b) weil bei einer Anwendung der internationalen Wirtschaftspolitik zu diesem Zweck alle armen Länder in der Welt die reichen Länder diskriminieren müßten, und zu den reichen Gebieten gehört Westeuropa, wo die ganze Theorie entstanden ist, c) weil diese Politik technisch, verwaltungsmäßig und politisch nicht mit genügender Wirksamkeit durchgeführt werden kann.

Gleicherweise untragbar ist die Ansicht, daß eine Diskriminierung gegenüber den USA. notwendig ist, weil sie der einzige Weg sei, um dem Midas-Komplex in der amerikanischen Wirtschaft gewachsen zu sein. Da ich den unheilbaren Dollarmangel für einen Mythos halte, lehne ich es ab zu glauben, daß eine Diskriminierung nötig ist, um ihn zu heilen. Die Dollarlücke kann ohne die Anwendung diskriminierender Methoden überwunden werden.

Die einzigen Gründe, aus denen man solche regionalen Abmachungen mit Erfolg verteidigen kann, sind meiner Ansicht nach Gründe der politischen und verwaltungsmäßigen Zweckmäßigkeit. Nur eine kleine Gruppe nicht zu heterogener Länder kann sich, so könnte man argumentieren, mit dem nötigen Minimum an Gleichförmigkeit und Selbstbeschränkung in der Geld-, Steuer- und Wechselkurspolitik einverstanden erklären, um ein multilaterales Handelssystem zu betreiben. Daher würde die Alternative zu solchen diskriminierenden Abmachungen, wie die EZU. oder der Sterlingblock sie darstellen, nicht ein freierer nicht-diskriminierender Handel, sondern eher ein Bilateralismus sein.

Dieses Argument der Rechtfertigung kann meiner Ansicht nach nicht leicht und a priori abgetan werden. Die Antwort hängt von dem Umfang der Liberalisierung ab, den diese Abmachungen tatsächlich zur Folge haben¹⁰⁾, dem Ausmaß, in dem ihr Vorhandensein (durch den vorher beschriebenen Prozeß, daß die schwächeren und undisziplinierteren Mitglieder die Position der stärkeren, disziplinierten Mitglieder schwächen) die Erreichung einer allgemeinen Konvertibilität verhindert oder verzögert und von der Beurteilung der Aussichten, eine Reihe von Ländern dazu zu überreden und dahin zu bringen, in Richtung einer vollen Konvertibilität voranzuschreiten.

¹⁰⁾ Es ist mir unmöglich, ein Urteil darüber zu fällen, bis zu welchem Grade der inter-europäische Handel durch die EZU. tatsächlich liberalisiert worden ist. Sicherlich ist ein gewisser Prozentsatz privater Importkontingente unter verschiedenen „Liberalisierungs“-Programmen aufgehoben worden (Einzelheiten siehe W. Diebold, „Trade and Payments in Western Europe“, New York, 1952). Der globale Prozentsatz besagt jedoch nicht viel. Viele Kontingente sind wieder zurückgezogen worden. Jedenfalls sind die optimistischen Erwartungen der Befürworter und Verteidiger der EZU., daß die EZU. den Wettbewerb in großem Maße erhöhen, Produzenten mit hohen Kosten ausschalten und dadurch die „Lebensfähigkeit“ des ganzen Gebietes steigern würde, kaum erfüllt worden, weil die Kontingentsverringerung sich größtenteils auf nicht dem Wettbewerb unterliegende Posten beschränkt hat.

Ich persönlich bin noch skeptisch hinsichtlich einer regionalen Lösung, wenn ich auch zugebe, daß dies eine Frage ist, in der „vernünftige Menschen sehr wohl verschiedener Meinung sein können“. Insbesondere dann, wenn man den Zweifel an der Wirksamkeit der mehr orthodoxen Methoden, die Vorliebe für komplizierte Einrichtungen bei den geschickten Währungstechnikern und die abergläubische Ehrfurcht, mit der solche Einrichtungen von den Politikern und Staatsmännern betrachtet werden, in Erwägung zieht, mag man zu dem Schluß kommen, daß solche diskriminierenden Unionen ein geringeres Übel sind als ihre Alternativen.

Ich bin auch bereit zuzugeben, daß die EZU. gewisse Erfolge erzielt hat und besser funktioniert hat, als ich es für möglich gehalten habe. Dieser bescheidene Erfolg fordert dazu auf herauszufinden, was wir daraus lernen können. Vielleicht werden uns Lektionen erteilt, die wir auch auf weltweiter Basis ohne diskriminierende Faktoren anwenden können.

Es ist gesagt worden, daß das automatische Funktionieren der EZU., die automatische Schaffung von Schulden und Guthaben, die dadurch entstehen, daß alle Zahlungsbilanzen durch die Union gehen, und die progressive Erhöhung der Goldzahlungen die Methoden der EZU. vorteilhaft gegenüber der Technik des Fonds auszeichnen, in deren Rahmen über jedes Guthaben („Kaufkraft der Währungen“) gesondert verhandelt werden muß. Ohne die Wirksamkeit und die Ingeniosität der Konstruktion der EZU. herabzusetzen zu wollen, glaube ich nicht, daß der Automatismus ihrer Operationen das Geheimnis ihres bescheidenen Erfolges ist. Auch scheint er mir kein wesentlicher Unterscheidungsfaktor gegenüber dem Fonds zu sein. Ich bin gewiß, daß der Fonds innerhalb seiner Bestimmungen eine entsprechende Technik durch verallgemeinerte Hilfs-Arrangements und geeignete Rückzahlungsvorkehrungen entwickeln könnte.

Es scheint jedoch auf der Hand zu liegen, daß es zu diesem Zeitpunkt nicht ratsam sein würde, ein solches automatisches System auf weltweiter Basis einzuführen, weil das Ergebnis ein rascher Abzug der gesamten harten Währungen aus dem Fonds sein würde.

Das Geheimnis des verhältnismäßig erfolgreichen Funktionierens der EZU. liegt nicht in ihren technischen Merkmalen, nicht in ihrer Natur als kunstreiche Erfindung, sondern vielmehr in der Tatsache, daß sie sich aus einer kleinen Anzahl ziemlich homogener Länder zusammensetzt, daß diese Länder eng zusammenarbeiten und vertraute Besprechungen abhalten. Es ist für westeuropäische Staatsmänner leichter, regelmäßig in Paris zusammenzukommen und ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik aufeinander abzustimmen, als es für die Vertreter von einigen 50 Nationen ist, sich in Washington, dem Sitz des Währungsfonds, über etwas zu einigen. Während in der Verwaltungsbehörde der EZU. und im Rat der OEEC, die wirklich verantwortungsvollen Führer der Länder zusammenkommen, die für ihre Länder nicht nur Verpflichtungen auf dem Gebiet der Wechselkurse, Devisenkontrolle

und Geldpolitik eingehen können, sondern auch auf dem Gebiet der Handelspolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik, besteht die Exekutivbehörde des Fonds aus Männern, die in ihrem eigenen Land nicht direkt an führender Stelle stehen und die nicht ermächtigt sind, über irgend etwas zu verhandeln, was außerhalb der unmittelbaren Belange des Fonds (so wie die Handelspolitik) liegt. Zudem hatte die EZU. das Glück, daß ihre ersten großen Schuldnerländer, Deutschland und die Niederlande, eine liberale Politik verfolgten, ihren Finanzhaushalt in Ordnung brachten, die monetären Bremsen anzogen und so ihre Position schnell wiederherstellten. Wenn diese Länder weniger Mut und Disziplin gezeigt hätten, wenn sie die Gesundungsaktionen verzögert hätten, würden sie die EZU. wahrscheinlich im ersten Jahr zum Scheitern gebracht haben.

Wenn die vorhergehende Analyse richtig ist, folgt daraus, daß eine unterschiedslose Ausdehnung der EZU. unerwünscht, wenn nicht sogar unmöglich sein würde. Der Einschluß der südamerikanischen Länder z. B., der in Erwägung gezogen worden ist, könnte die Union sehr leicht zu Fall bringen, weil diese Länder keine genügende finanzielle und monetäre Selbstdisziplin gezeigt haben. Die Möglichkeit vertrauter und rasch stattfindender Beratungen, die unzweifelhaft zu dem Erfolg der EZU. in starkem Maße beigetragen hat, würde verloren gehen, und es kann kaum erwartet werden, daß allein die Aufnahme von Außenseitern in den europäischen Zahlungsclub zu einem ausreichenden Wandel ihrer Haltung und Politik führen würde. Was kann nun der Internationale Währungsfonds aus all diesem lernen? Was kann man für das Ziel der Einrichtung eines weltweiten, nicht-diskriminierenden Zahlungssystems hieraus lernen? Wenn der Fonds seine Funktion erfüllen soll, muß er eine strengere Haltung im Hinblick auf die interne monetäre und fiskalische Politik seiner Mitglieder einnehmen. Da er nicht in der Lage ist, dies auf einer weltweiten Basis zu tun, da er keine genügenden Anreizmittel hat, um widerspenstige Mitglieder zur Annahme einer vernünftigen Politik des internen und externen Gleichgewichts zu zwingen und zu veranlassen, sollte er seine Hilfsmittel nicht an hoffnungslose Fälle verschwenden, sondern sollte seine Anstrengungen und Energie auf solche Länder konzentrieren, die einer Konvertibilität nahe gekommen sind und die willens und fähig sind, ihre Finanzen in Ordnung zu halten und eine Inflation zu vermeiden. Diese Politik kann eine „Lösung für Gebiete starker Währung“ genannt werden, weil die Anstrengungen auf relativ starke (harte) Währungen, die der Konvertibilität nahe sind, konzentriert werden. Diese Lösung ist jedoch nur vielversprechend, wenn eine ansehnliche Gruppe von Ländern daran teilnimmt. Eine solche Gruppe existiert heute nicht und wird wahrscheinlich in nächster Zukunft nicht bestehen, wenn auch meiner Ansicht nach die wirtschaftlichen (wenn auch vielleicht nicht die politischen und psychologischen) Bedingungen gegeben sind, sie in verhältnismäßig kurzer Zeit, vielleicht innerhalb von ein oder zwei Jahren zu schaffen. Das

Sterlinggebiet, Deutschland, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Japan sollten zusammen mit den Ländern, die heute schon konvertierbare Währungen haben (die USA., Kanada, Mexiko usw.), einen „starken Währungsblock“ bilden, dem bald auch Frankreich und an-

dere Länder beitreten könnten. Wenn einmal ein vielversprechender Anfang gemacht worden ist, kann man hoffen, daß es möglich sein wird, die finanziellen Hilfsmittel des Fonds zu stärken und die internationale Liquidität zu erhöhen.

Summary: Reflections on the Future of Bretton Woods. Although the programme of Bretton Woods has been a failure so far due to the continuation of trade restrictions and discriminatory convertibility on a regional basis, the author believes that the economic chances for re-introducing general convertibility are now better than ever since the end of the war. He derives this optimistic opinion from the almost uninterrupted upward movement of production and foreign trade in many key countries. He believes that the dollar shortage is not incurable and that the dollar balances would rapidly improve if dollar aid were discontinued and if inflationary pressure in the non-dollar area were reduced. A new equilibrium level of exchange rates and a policy of disinflation, maintaining the stability of the internal wage and price levels, are claimed to be essential conditions of the re-introduction of convertibility. But the author considers such a radical solution to be unworkable and he recommends a gradual approximation, excluding convertibility for capital. Any improvement of a balance of payments depends, however, on a reduction of actual expenditure on consumption and investment. This primary burden resting on a national economy can bring about either a secondary burden or a secondary benefit through a deterioration or an improvement of the terms of trade. The author believes that, with a few exceptions, the primary burden should be bearable for all countries, and that there is no danger that it becomes unbearable when non-discriminatory measures are applied to close the dollar gap. However, to make these basic conditions generally effective, the International Monetary Fund would have to deal with the internal economic and financial policy of member countries more intensively than was envisaged in its Articles of Agreement. A further shortcoming of the system is its inflexibility regarding rates of exchange. The Fund would improve its position if it could use the means at its disposal a little more freely as incentives. Finally, the author explains his objections to a regional solution of the problems of transfer and convertibility. He admits as one justification of regional solutions that only a small group of not too heterogeneous countries can come to an understanding on their economic and monetary policy, this being essential for a multilateral trade system.

Résumé: Réflexions sur l'avenir du système de Bretton Woods. Malgré l'insuccès du programme de Bretton Woods — voir les restrictions du commerce et la convertibilité discriminatoire à base régionale — l'auteur pense que les conditions économiques pour une restauration de la convertibilité générale, à présent, sont des plus satisfaisantes depuis 1945. C'est le développement progressif de la production de beaucoup de pays industrialisés allant de pair avec des transactions importantes dans le commerce international qui le fait arriver à un jugement aussi optimiste. Selon l'auteur le dollar-gap ne serait pas irréparable, et après la fin des aides-dollar et du soulagement de la pression inflationniste dans les zones non-dollar les bilans-dollar s'amélioreraient rapidement. Bien qu'on pense généralement que la restauration de la convertibilité dépend avant tout d'un nouvel équilibre des cours de change, d'une politique désinflationniste et d'une stabilisation du niveau monnaie-salaire, l'auteur s'oppose à une pareille solution radicale et recommande un rapprochement progressif à l'exclusion de la convertibilité du capital. Toute amélioration du bilan de paiement entraîne une réduction des dépenses effectives dans les secteurs consommation et investissements, mais par l'amélioration ou la détérioration des termes de trade cette charge primaire de l'économie nationale sera modifiée ou par une charge secondaire, ou par un profit secondaire. Selon l'auteur presque tous les pays pourraient assumer la charge primaire, sans courir le risque d'une surcharge insupportable en cas de mesures non-discriminatoires pour la liquidation du déficit dollar. Afin de réaliser ces conditions fondamentales le Fonds Monétaire International devrait examiner de plus près encore, donc en dépassant le cadre prévu par le contrat, la politique économique et financière des pays-membres. Un autre manque du système consiste dans son attitude rigide envers les cours de change. La position du Fonds serait fortifiée par un emploi stimulateur de ses ressources. L'auteur résume ses arguments contre une solution régionale du problème de la convertibilité et du transfert; mais à titre de justification d'une solution pareille il admet qu'il n'y aura probablement qu'un petit groupe de pays non hétérogènes susceptibles de s'accorder sur leur politique économique et monétaire en vue d'un système commercial multilatéral.

Resumen: Consideraciones sobre el futuro del sistema de Bretton Woods. A pesar de los fracasos que el programa de Bretton Woods acarrea debido a la permanencia de las barreras comerciales y la convertibilidad discriminante sobre una base regional, el autor opina que, desde la guerra las condiciones comerciales para la reintroducción de una convertibilidad general no han sido nunca mejor que hoy. Su juicio optimista resulta del continuo aumento de la producción y la alta cifra de transacciones de muchos países. Opina que la falta de dólares no es incurable y que las balanzas de dólar mostrarían pronto un mejoramiento si terminaría la ayuda de dólar y disminuiría la presión inflacionista. Las condiciones principales para la reintroducción de la convertibilidad son un nuevo nivel de equilibrio para los tipos de cambio y una política deflacionista manteniendo estable el nivel interior de moneda-salario. Pero al autor considera tal solución radical inaceptable y recomienda que se aproxime poco a poco a la convertibilidad de fondos. Cada mejora de la balanza de pagos requiere una reducción de los efectivos gastos para el consumo y la inversión. Esta carga primaria de la economía pública podría experimentar una carga secundaria o una utilidad secundaria según un mejoramiento o empeoramiento de los „terms of trade“. Al parecer del autor, la carga primaria sería aceptable, con pocas excepciones, para todos los países, sin que existiese el peligro de una agravación con la toma de medidas no discriminantes para llenar el vacío de dólar. Para hacer valer generalmente esta condición básica, el Fondo Monetario Internacional tendría que ocuparse más intensivamente en la política interna económica y financiera de los países miembros, según se prescribe en el contrato. Un defecto severo del sistema reside en la actitud rígida con respecto a los tipos de cambio. El Fondo conseguiría una posición más fuerte si podría emplear, como de incentivo, de una manera más libre, los remedios de los cuales dispone. Finalmente el autor expone sus dudas relativas a una solución regional del problema de la transferencia y la convertibilidad. Como justificación de una solución regional concede, que solamente un pequeño grupo de países no heterogéneos alcanzaría un acuerdo sobre su política económica monetaria necesaria para un sistema de comercio multilateral.